

Der neue Tarif für die deutschen Seeschiffswerften.

Wie bereits gestern mitgeteilt, haben sich die deutschen Werftarbeiter für die Annahme des Schiedspruches ausgesprochen und zwar unter der Bedingung, die Lohnvereinbarung nach vier Wochen rückwirkend anzuwenden. Nachstehend geben wir die wichtigsten Bestimmungen des Tarifvertrages, die auch für die langjährig Beschäftigten Anwendung finden können, wieder: Der Tarifvertrag gilt für alle auf den Schiffswerften der Norddeutschen Gruppe des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrie beschäftigten Arbeiter mit Ausnahme der Schiffe. Von einer Einmischung der Behörde in den Tarifvertrag ist im Hinblick auf die bevorstehende Ausrüstung des Schiffbauwesens abgesehen. Die normale Arbeitszeit ohne Pausen beträgt 48 Stunden wöchentlich und in der Regel 8 Stunden täglich. Die Arbeit eines Arbeiters darf nicht über 2 aufeinanderfolgende Schichten (16 Stunden) ausgedehnt werden. Die Löhne betragen für sämtliche über 20 Jahre alten Arbeiter:

	In der Ortsklasse I	
	Stundenlohn	Akkordgrundlohn
Für Oberste	5,60 bis 5,80	5,80
„ Angelernte	5,30	5,50
„ Ungerlernte	4,80	5,—

	In der Ortsklasse II	
	Stundenlohn	Akkordgrundlohn
Für Oberste	5,35 bis 5,55	5,55
„ Angelernte	5,05	5,25
„ Ungerlernte	4,55	4,75

Wahllohn für Jugendliche ist der Stundenlohn. Die Stundenlöhne für jugendliche Arbeiter unter 20 Jahren betragen:

	Ortsklasse I	Ortsklasse II
Für Jugendliche unter 15 Jahren	1,20	1,15
zwischen 15 und 16 Jahren	2,—	1,90
16 „ 17	2,75	2,60
17 „ 18	3,50	3,15
18 „ 19	3,75	3,60
19 „ 20	4,10	3,95
Für angelernte Jugendliche	4,70	4,45

Für Arbeit im Zeitlohn wird zum Stundenlohn ein prozentualer Ausgleichzuschlag gezahlt, der sich nach der Höhe des im letzten Monat erzielten durchschnittlichen prozentualen Stundenlohnüberschusses der Stücklohnarbeiter des Gesamtwerkes richtet und betragen soll: Für gelernte und angelernte Facharbeiter neun Prozent, für ungelernete Arbeiter drei Prozent des durchschnittlichen Stundenlohnüberschusses. Der Ausgleichzuschlag wird monatlich ermittelt und für jeden Stundenlohnabzug piffrmäßig festgelegt, wobei die errechneten Beträge auf Vierung aufgerundet werden. Der prozentuale Stundenlohnüberschuss ergibt sich aus dem Vergleich der Verdienste der Stücklohnarbeiter mit den Akkordgrundlöhnen.

Sämtliche verheirateten Arbeiter sowie die ledigen über 25 Jahre erhalten, gleichviel, ob sie im Lohn oder im Akkord arbeiten eine Zulage von 50 Pfennig die Stunde, außerdem für jeden Verletzungsbedingten Kind bis zur Verdingung der gesetzlichen Schulpflicht 10 Pfennig die Stunde. Für Überstunden werden folgende Zuschläge auf den Stundenlohn gezahlt: für die zwei ersten Überstunden in der Tagesszeit 25 Prozent, für weitere Überstunden in der Tagesszeit sowie für alle Überstunden in der Nachtzeit 50 Prozent. Als Tagesszeit gelten die Stunden von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, als Nachtzeit die Stunden von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens. Für Sonn- und Feiertagsarbeit wird ein Zuschlag von 75 Prozent auf den Stundenlohn gezahlt. Als Sonn- und Feiertagsstunden gelten die Stunden von 6 Uhr morgens des betreffenden Tages bis 6 Uhr morgens des folgenden Tages. Die vorstehenden Bestimmungen über Löhne gelten nicht für: Nicht vollwertige Arbeiter, Arbeiterinnen, Schweißfrauen, Schweißhelfer und Schweißpersonal, Feuerwehrcrude, Portiers, Wächter und Burgwachen, Eisenarbeiter.

Jeder Arbeiter erhält für das Jahr 1922 einen Urlaub von 6 Wochen, vorausgesetzt, daß er bei Beginn des Urlaubs bei einer Werk in Beschäftigung steht und nach Beendigung des Urlaubs wieder in der Zeit zwischen dem 1. April und 30. September 1922 in der Form gewährt, daß das Werk während 6 aufeinanderfolgenden Werktagen geschlossen bleibt. Der Zeitpunkt wird von der Betriebsleitung nach Besprechen mit der Arbeitervertretung bestimmt.

Ortsklassen: Es gehören in Ortsklasse I: Bremen, Bremerhaven, Hamburg, Kiel, Lübeck, Stettin; Ortsklasse II: Cuxhaven, Emden, Flensburg, Hamburg, Kiel, Lübeck, Stettin, Wismar, Wismar, Wismar. Wo von vorstehender Ortsklasseneinteilung Abweichungen auf Grund lokaler Abmachungen bisher bestanden haben, können die Parteien des betreffenden Ortes auch für die Dauer des neuen Tarifvertrages unbeschadet seines Bestehens entsprechende neue Abmachungen treffen. An dem Grundprinzip der Ortsklasseneinteilung wird durch solche örtlichen Abmachungen nichts geändert.

Deutschnationaler Stimmenfang.

Es ist ja bekannt, daß die Deutschnationalen Volkspartei in ihrem Vertriebsprogramm um die Verwirklichung im Staat kein Mittel verschmäht, um die Wählerstimme bei den Wahlen hineinzulocken. Erst vor kurzem ist die Partei von jenem wendischen Land zum Aufbruch zum Reichstag durch einen agrarischen Verband durch die Presse gegangen. Ein würdiger Gegenstand dazu liefert nachstehendes Interview, das die Nr. 225 vom 24. September 1921 des „Schlesischen Tageblattes“ enthält:

Die Deutschnationalen Volkspartei, Kreisverein Wehlau, hat beschlossen, zunächst ihren durch die Ernennung bedrängten, bereits einjährigenden Parteimitgliedern der Städte Wehlau, Zapkau und Sünzberg, Hartmann und Roggenwehl zu billigen Preisen zu liefern.

Die bezüglichen Anträge sind an die Ortsgruppenvorsitzenden bis 30. September einzureichen. In den Landorten sind diese Anträge an den Kirchspielverordneten zu richten. Briefe: Hartmann 25 Mark je Sack, Roggenwehl 1,10 Mk. das Pfund. Deutschnationaler Volkspartei, Kreisverein Wehlau. An diesem Institut ist vor allem bemerkenswert und von allgemeinem Interesse, daß hier eine politische Partei, nämlich die Deutschnationalen Volkspartei, ganz offen verkündet, daß sie es in der Hand hat, weite Bevölkerungsteile mit billigen Lebensmitteln zu versorgen. Selten hat das Großagrariertum, dessen Vertreterin die Deutschnationalen Volkspartei ist, so unverschämte und unethische Absichten geäußert. Während der gewöhnliche Sterbliche auch im Kartoffelhandel Euphemismen in diesem Jahr bei einer im großen und ganzen als gut anzusehenden Ernte die Kartoffeln mit 50 bis

Bestimmungen für die Handhabung der Stücklohnarbeit.

1. Die Arbeit darf in Stücklohn oder Lohn hergestellt werden, jede andere Form der Entlohnung ist ohne Einverständnis der Vertragsparteien unzulässig. Angebotene Stücklohnarbeit darf nicht abgelehnt werden. Andererseits sind die Werften verpflichtet, die Stücklohnarbeit in ihrem Betrieb in weitestem Umfang durchzuführen.
2. Der Berechnung des Stücklohnpreises ist die von einem Arbeiter durchschnittliche Leistungsfähigkeit unter normalen Verhältnissen dafür auszumessende Zeit zugrunde zu legen. Für je ermittelte Zeit multipliziert mit dem Akkordgrundlohn ergibt den Stücklohnpreis. Jedoch soll an den Zeiten bereits ausgeführter Arbeit, die bisher mit Lohn plus 10 Prozent multipliziert wurden, um den Akkordpreis zu erhalten, nichts geändert werden. Neue Akkorde sollen entsprechend errechnet werden.
3. Als Abschlag mit der Stundenlohn bezahlt. Der Abschlag bei Grundakkorden wird im Verhältnis der Stundenlöhne und der gearbeiteten Stunden verteilt.
4. In jedem Stücklohnvertrag ist ein aus der Gesellschaft gewählter Arbeitervertreter unter Mitwirkung bei der Festlegung der Lohnsätze und der Stücklohnarbeit einzustellen. Diesem Vertreter steht das Einspruchsrecht zu.
5. Wenn über eine Stücklohnzeit keine Einigung erzielt werden kann, so verhandelt eine Werkstattkommission von höchstens drei Facharbeitern mit Vertretern der Betriebsleitung über die Festlegung. Wenn auch dann keine Verständigung erzielt wird, so wird die Arbeit in Stundenlohn ausgeführt.
6. Wenn bei neu festzusetzenden Akkorden mangels der erforderlichen Unterlagen eine Verständigung über die Höhe des Akkordpreises auch unter Mitwirkung der unter 5 genannten Kommission nicht erzielt werden kann, so wird die stützliche Arbeit als Probearbeit an dem DurchschnittsStundenlohn des betreffenden Gewerkes im Verhältnisse unter Kontrolle der Kommission, des Betriebsleiters und des Vertreters der Arbeiter ausgeführt und danach der Stücklohnpreis festgelegt.
7. Den Arbeitern wird über alle Fragen der Stücklohnberechnung die von ihnen gewünschte Aufklärung erteilt.
8. Jeder Stücklohnarbeiter erhält vor Beginn der Arbeit einen Stücklohnzettel, auf dem die Art und der mit dem Arbeitnehmer vereinbarte Preis der Arbeit verzeichnet sein müssen. Bei Wiederholung eines Akkordes gilt die mit dem früheren Arbeitnehmer vereinbarte Zeit, ohne daß es einer erneuten Vereinbarung bedarf. Solange den Arbeitnehmern der Stücklohnzettel nicht übergeben ist, gilt der Akkord nicht als abgeschlossen.
9. Die in Stücklohn herzustellende Arbeit ist vom Arbeitgeber oder seinem Bevollmächtigten zu vorbereiten und zu fördern, daß den Arbeitern ein ungehindertes Arbeiten ermöglicht wird. Zeitverluste sind die ohne Verschulden des Arbeiters durch fehlen von Zeichnungen, Material, Werkzeug, Vorrichtungen, Hilfsstoffen oder Transportmöglichkeiten entsteht, wird, sofern es im Einzelfall mehr als eine Viertelstunde beträgt, als Wartegeld in Zeitlohn bezahlt. Ein Anspruch auf Wartegeld besteht jedoch nicht, wenn er nicht sofort beim Meister geltend gemacht wird.
10. Die einzelnen Stücklohnarbeiten sollen im allgemeinen für jeden Arbeiter eine längere Arbeitszeit als 100 Stunden enthalten.
11. Werden Stücklohnarbeiter für Versuchsarbeiten beschäftigt, so ist ihnen ihr durchschnittlicher Stundenlohn zu zahlen. Dasselbe gilt für Stücklohnarbeiter, die die Stücklohnarbeit vorübergehend zur Vornahme einer anderen Arbeit unterbrechen müssen.
12. Der Übergang vom Zeitlohn nach Fertigstellung der Stücklohnarbeit an Akkord. Bei Änderung der Arbeitsverhältnisse vor Beendigung eines Akkordes erhalten die Arbeiter den ihnen zustehenden Anteil des Akkordes am Lohnüberschuss nach Beendigung der Stücklohnarbeit (spätestens vier Wochen nach dem Beginn) nachgezahlt.

Die Abstimmung der Werftarbeiter

über diesen Schiedspruch hatte in den einzelnen Orten folgendes Ergebnis:

	Es wurden abgegeben	für Annahme	für Ablehnung
in Bremen	2130	1573	
„ Bremerhaven	3794	1744	
„ Cuxhaven	458	370	
„ Emden	93	480	
„ Flensburg	810	68	
„ Hamburg	4552	4432	
„ Kiel	7145	6658	
„ Lübeck	369	1971	
„ Osterholt-Scharnebeck	122	29	
„ Rendsburg	110	389	
„ Rostock	879	581	
„ Stettin	4540	2528	
„ Wismar	278	47	
„ Wehlau	1632	1248	

In ganzen wurden, wie bereits gemeldet, für Annahme 27 081 und für Ablehnung 21 489 Stimmen abgegeben und somit der Spruch mit einer Mehrheit von 5592 Stimmen angenommen.

60 Mark zu bezahlen hat, erklären hier also die deutschnationalen Landwirte des Kreises Wehlau, daß sie — an Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei — zu einem Preise von 25 Mark je Zentner liefern wollen! Und da in Geld- und Geschäften allgemein die Gemütslichkeit aufhört und es sogar auch den Wehlauer Deutschnationalen außerordentlich fern liegt, ihren Parteifreunden, oder denen, die es werden wollen, etwas zu schenken, so wird man nicht fehlgehen in der Annahme, daß auch bei dem genannten, so erheblich herabgesetzten Preise noch keineswegs Schaden gemacht wird.

Trotzdem ist eben das Fabelkorn: Für deutschnationalen Parteimitglieder werden angemessene Preise erhoben, die übrige Bevölkerung mag das oder den Überpreis zahlen, um eine Preislenkung für die Kaufkraft der Deutschnationalen zu ermöglichen. Es geht doch nichts über deutschnationalen Volkfreundschaft und Staatsgefälligkeit!

Bayerns U. S. P. für Koalitionsarbeit.

Die unabhängige Münchener „Morgenpost“ bringt einen Auszug des ehemaligen Sozialministers Unterleitner, in dem dieser eine aktive Koalitionspolitik der Partei verlangt und folgende Grundzüge aufstellt:

1. Der Eintritt in eine Regierung mit republikanischen bürgerlichen Parteien ist keine Frage des Prinzips, sondern eine Frage der Taktik.
2. Die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Situation erfordert einen starken Einfluß der Arbeiter auf die Regierungsgewalt.

Der Minister schreibt Unterleitner: Die Gegenwart verlangt von uns in Deutschland im Interesse der Arbeiterklasse, daß wir die

fast gefährdete Republik schützen. Das wird die deutsche Arbeiterklasse vor dem wirtschaftlichen Untergang retten. In der gegenwärtigen Situation handelt es sich für unsere Partei darum, zu verhindern, daß die Deutsche Volkspartei in die Regierung kommt. Erst, sehr spät kommt diese Einsicht und Wandlung. Noch vor kurzem waren die Sozialdemokraten, die die Ansichten vertraten, die sich der Unabhängigkeit unterwerfen offenbart. Vertreter an der Parteiverammlung während die hiesige „Freiheit“ den Sozialen Parteitag noch immer agitatorisch anzukämpfen versucht, muß sich von ihren eigenen Parteigenossen sagen lassen, wie richtig notwendig die bisherige sozialdemokratische Koalitionspolitik war.

Warum sie Monarchisten sind.

Im roten Tag veröffentlicht Professor Meißner von der Kieler Universität, früher Vertriebshausmitglied, einen Aufsatz, der den früher sehr „rechts“ genannten Verfasser demersendwertig macht. Er erzählt, daß er früher überzeugter Monarchist gewesen sei, in der Meinung, daß für Deutschland die monarchische Staatsform die normale sei, und daß insbesondere Brandenburg Preußen durch seine Monarchie zu der Herrlichkeit des neunten Reiches vorgeführt wurde, wie sie unter Wilhelm dem Ersten und Bismarck wie eine Offenbarung über uns kam. „Ich allein“ lautete meine Hoffnung für die Zukunft, selbst als Wilhelm II. im Weltkrieg militärisch und politisch gleich sehr versagte. Als er aber in der Stunde der Gefahr die eigene Nation nach Holland in Sicherheit brachte, mußte ich, daß das Ende schmerzhaft schnell gekommen sei, daß dem deutschen Volk an dieser Person nichts mehr gelegen sein konnte. Seit Durchföhrung der Verfassung von Weimar und der Annahme des Verfassungstextes fühlte ich, daß die Republik für absehbare Zeit die Staatsform war, auf der sich unser politisches Leben zu bewegen hatte. Wo heute gegenwärtig die monarchistische Restauration einsetzt, weil der obersten Spitze, also als deutsches Kaiserreich, gewiß nicht; es ist schon niemand da, den das deutsche Volk zum Kaiser führen würde. Bei Weizsäcker Der König von Preußen hat seinem Volk die Treue gebrochen, als er es im Augenblick höchster Gefahr verließ und über die Grenze eines neutralen Staates entwich; Gründe der äußeren wie der inneren Politik machen seine Rückkehr auf den Thron undenkbar. Verblüffend waren mir mitunter die Antworten, die ich von Monarchisten auf die Frage erhielt, warum sie unter den heutigen Umständen die Herstellung der Monarchie forderten: Weil sie die schönen Hoffnungen der Monarchie — weil ihre Ehre viel bessere Chancen des Fortkommens gehabt hätten — weil sie hofften, daß die Valuta dann rapide steigen werde und dergleichen mehr. Man kann sich des Lächerlichkeits solcher Ratgeber nicht erwehren. Es mag noch einige Monarchisten in Deutschland geben, die noch aus anderen als diesen laienhaftesten Gründen die Wiederherstellung der Monarchie wünschen, aber gerade sie müßten sich darüber klar sein, daß ihr Ideal der Vergangenheit angehört und niemals mehr zu dauerndem Leben erweckt werden kann. Die Welt ist republikanisch geworden, auch dort, wo heute der Form nach noch eine Monarchie besteht.

Der Werdegang der abgelieferten deutschen Schiffe. Die englische Reederei Elderman City Line Ltd. hat den Hamburger Dampfer „Tasselboro“, der 1912 erbaut und eine Tragfähigkeit von 5877 Tons besitzt, angekauft. Der Dampfer führt jetzt den Namen „City of Boston“. Er ist in den Dienst Liverpool-Boston-Indien eingeteilt. Der Hamburger Dampfer „Montevideo“, im Jahre 1901 in Dundee erbaut und 4140 Tons groß, ist an eine Londoner Reederei verkauft. Er führt jetzt den Namen „Westburg“. Der Bremer Dampfer „Weser“ ist von einer Reederei in Glasgow angekauft worden. Er führt jetzt den Namen „Alabama“. Der Dampfer ist im Jahre 1910 erbaut und hat einen Rauminhalt von 1000 Tons. Eine Reederei in London kaufte den Hamburger Dampfer „Tiberfeld“ an, der in „Gorch Grange“ umgetauft ist. Das Schiff ist im Jahre 1904 in Lönning erbaut und ist 1087 Tons groß. Der Hamburger Dampfer „Sittonia“ der Hamburg-Amerika-Linie, 1900 in Flensburg erbaut, 5618 Tons groß, ist von einer Reederei in Leith angekauft worden. Er liegt zur Reparatur im Trock.

Der internationale Militarismus. Als Vorarbeit für die Washingtoner Abrüstungskonferenz veröffentlicht man dort, wie die „Chicago Tribune“ meldet, Statistiken, wonach die Stärke der Heere der 14 bedeutendsten Nationen rund 8 Millionen Mann beträgt. Diese Zahl wird voraussichtlich den Verhandlungen der Washingtoner Konferenz zugrunde gelegt werden. An erster Stelle steht China, das am 1. September 1 370 000 Mann unter den Waffen hatte. Frankreich aber nimmt unter den Staaten, die nicht mit inneren Schwierigkeiten zu kämpfen haben, bei weitem den ersten Platz mit seinen 1 084 000 Mann ein. Dann kommt England mit 740 500 und an letzter Stelle Deutschland mit 100 000 Mann. Die Vereinigten Staaten stehen mit 140 000 Mann an 19. Stelle unmittelbar vor Deutschland. Japan hat 800 000 Mann, Italien 250 000. Von den übrigen Staaten werden Rußland 538 000, Polen mit 450 000, Griechenland mit 255 000, Spanien mit 253 000, die Schweiz mit 170 000, die Türkei mit 150 000, Tschechoslowakei mit 150 000 Mann angeführt.

Eine Betriebsbesetzung in der japanischen Schiffbauindustrie. Einen interessanten Verlauf nahm einer großer Streik der Arbeiter der Kawasaki-Schiffbauwerften, der am 8. Juli begann. Die Arbeiter forderten insbesondere wirtschaftliche Demokratie im Betriebe und zu diesem Zwecke Einsetzung eines Betriebsrates, ferner Bezahlung einer Entschädigung bei Entlassung und Erhöhung der unteren Lohnklassen. Nach einer großen Demonstration am 11. Juli, an der rund 35 000 Arbeiter auch anderer Fabriken teilnahmen, organisierten die Arbeiter in die Schiffswerften ein, jagten die leitenden Beamten davon und nahmen Besitz von der Werft. Am 13. Juli veröffentlichten sie eine Erklärung, um die Gründe ihres Vorgehens darzutun. Es heißt darin, daß das Komitee als Vertreter von 17 000 Arbeitern dieser Werft auf die eingereichten Forderungen keine oder nur ausweichende Antwort erhalten habe. Man werde solange im Kampf gegen die Firma bleiben, bis sie nachgegeben, dagegen den Betrieb unter der Leitung der Arbeiter selbst fortsetzen, damit der Allgemeinheit kein größerer Schaden erwachse. Zugleich wurde das Betriebsratsmitglied unter den Arbeitern durchgeführt. Die genannte Werft stellt Kriegsschiffe und Torpedoboote her. Zu deren Schutz hat der Marineminister Polizeitruppen entsandt.

Rassenverhaftungen in Moskau. In den letzten Tagen sind in Moskau von der Tscheka zahlreiche Durchsuchungen und Verhaftungen vorgenommen worden. Unter den Verhafteten befinden sich 82 polnische Staatsangehörige. — Vor dem Moskauer Revolutionstribunal haben am 3. Oktober die Verhandlungen gegen den polnischen Schauspieler Szegawinski wegen Schwergel von Gorb und Jungfern begonnen. Voraussetzlich wird das Tribunal auf Todesstrafe erkennen. Von der Tscheka sind 17 Anführer verhaftet worden.

Rahn und Schmidt vor dem Schwurgericht.

3. Tag. (Fortsetzung.)

Abg. Rogozki schildert die Vorgänge im wesentlichen wie die anderen Zeugen, die den Parteien der Linken angehören. Der Abg. Rahn habe sich jedoch im Gegensatz zu den meisten anderen Abgeordneten auffallend ruhig verhalten. Als die Verhaftungen erfolgten habe Schümmer anscheinend nach einem Tristen — dem Abg. Raube — gelaugt, der sei aber rechtzeitig „entflohen“. Schümmer habe an dem Tage die Herrschaft über sich verloren, was u. a. auch dadurch hervorgehe, daß dieser eine Rede halten wollte, ohne daß ein Präsident die Sitzung eröffnete hätte.

Der Zeuge Dr. Schmidt war auf der Zuschauertribüne und hat von dort aus die Vorgänge beobachtet. Von Tälichkeiten der Abg. Rahn und Schmidt hat er nichts bemerkt. Schmidt habe ein Glas Wasser in der Hand gehabt und sei von allen Seiten gestochen worden. Der Staatsanwalt fragt den Zeugen, ob seine Aussagen irgendwie beeinflusst worden sind. Dr. Schmidt erwidert, daß seine Aussagen keinem Einfluß unterliegen haben, wenn auch die Angeklagten frühere Partifreunde sind.

Die Aussagen des nächsten Zeugen, Dr. Kubacz, weichen von den bisherigen Angaben über den Verlauf der Sitzung nicht ab. Dr. Kubacz war über die Anwesenheit der Polizei empört, da dadurch die freie Willensäußerung der Abgeordneten beeinträchtigt wird.

Zur Aufklärung der Vorgänge war ein

Untersuchungsausschuß

gebildet, dessen Leiter Dr. Kubacz war. Doch bevor noch irgendwie verhandelt worden war, beantragten die Deutschnationalen die Auflösung, wahrscheinlich um die Aufklärung der Vorgänge, die zur Verhaftung führten, zu verhindern. Zeuge ist der Ansicht, daß Schümmer sich der Abg. Rahn und Schmidt entledigen wollte. Beide hatten aber nichts anderes getan, wie viele andere Abgeordnete auch.

Abg. Gen. Beyer betont, daß irgendwelche Abmachungen unter der Linken, die Sitzung zu stören nicht bestanden. Als Protokollführer der Fraktion hätte er das wissen müssen. Es hätte sich im Gegensatz zwischen Schümmer und den Abgeordneten Rahn und Schmidt herausgebildet. Zeuge hat an dem Tage den Eindruck gehabt, wenn Rahn und Schmidt heute zu weit gehen, werden sie von Schümmer gefaßt. Der Abgeordnete Rahn sei auffallend ruhig gewesen.

Abg. Gen. Bohn erklärt, daß die sozialdemokratische Fraktion beschloffen habe, den Tagungen fern zu bleiben, solange Militär im Hause liege. Die Erregung sei deshalb geliegen, weil Dr. Niehans die unwahren Behauptungen aus dem Senats-Anruf wiederholt habe. Rahn habe wohl geschimpft und mit beiden Händen gestikuliert, und habe ferner den Abg. Roggenbuck vom Mitleiden des Publikums abgehalten. Das Ausgehen des Wasserglases hat Zeuge nicht beobachtet. Er selbst habe sich auch an den Zwischenfällen beteiligt. Gen. Bohn schildert dann die Komm. Konversationsgespräche zwischen den Parteien und dem Gewerkschaftsbund zur Durchsicherung der Demonstration. Das Verbot der Demonstration war ungerechtfertigt. Er habe den Senat um das Material gebeten, welches die Grundlage des Verbotes war. Der Senat habe das Material nicht gegeben. Es steht zweifellos fest, daß das

Material des Senats

jeder sachlichen Unterlage entbehre.

Abg. Bohn bestätigt dem Angeklagten Rahn, daß dieser sich bemüht habe, die Ruhe und Ordnung bei der beabsichtigten Demonstration aufrecht zu erhalten. Rahn habe aus diesem Grunde den Vormittag für die Demonstration in Vorschlag gebracht, um zu verhindern, daß in den Abendstunden im Anschluß an eine Nachmittags-Demonstration unliebsame Vorkommnisse sich ereignen.

Abg. Gen. Brill hat beobachtet, daß Schmidt sich am Platze des Abg. Jemelowski zu schaffen machte, hat jedoch auf Einzelheiten nicht geachtet. Er sei selbst über die Anwesenheit der Polizei erregt gewesen. Zeuge betont, daß er von den bürgerlichen Parteien mehr Respekt vor der Freiheit des Parlaments erwartet hatte. Bei der Rede des Abg. Niehans sei der Hauptstrom impulsiv hervorgebrochen, denn es gehört eine starke Stirn dazu, so etwas zu behaupten, wo jeder wüßte, daß es sich um einen wirtschaftlichen Streik handelte. Die Äußerungen Dr. Niehans bedeuteten eine Herausforderung. Schmidt und Rahn haben sich an den Tumulten nicht mehr beteiligt wie andere Abgeordnete. Auch Gen. Brill hatte den Ein-

druck, daß Schümmer auch den Abg. Raube verhaften lassen wollte. Rahn erklärt im Anschluß hieran, daß sich solche Tumulte dann ereignen, wenn ein Abgeordneter wider besseres Wissen die Unwahrheit sagt.

Vorsitzender: Beilegen sich die Abgeordneten der Linken an solchen Szenen auch dann, wenn ein Abgeordneter der Linken bewußt die Unwahrheit sagt?

Rahn: Ein Abgeordneter der Linken hat bisher noch nicht bewußt die Unwahrheit gesagt, das war bisher ein Vorzug der Rechten!

Auch die Rechte hat geschimpft.

Der nächste Zeuge ist der Abg. Matfischek, der früher Mitglied der deutschnationalen Fraktion war. Zeuge glaubt nicht,

An unsere Leser!

Die Herstellungskosten der Zeitungen sind in den letzten Monaten wiederum ganz gewaltig gestiegen. Zu dem Aufschlag von 12,30 Mk. für je 100 Agr. Druckpapier treten ab 1. Oktober die erhöhten Fernspreckgebühren, Frachten, Löhne, Gehälter usw. Alles Belastungen, die von den Zeitungen nicht getragen werden können.

In welchem Umfange die Verteuerung der Rohmaterialien, die zur Herstellung einer Tageszeitung in der Hauptsache verwendet werden, sich auswirkt, mögen unsere Leser aus der folgenden Zusammenstellung ersehen:

	Einkaufspreise		
	vor dem Kriege	heute	erhöhen um das
Druckpapier	Mk. 21.— f. 100 kg	Mk. 348.— f. 100 kg	16,6 fache
Druckfarbe	Mk. 29.— " " "	Mk. 480.— " " "	16,6 " "
Druckfarbe	Mk. 42.— " " "	Mk. 730.— " " "	17,4 " "
Stereotypmetall	Mk. 67,50 " " "	Mk. 850.— " " "	14 " "
Maschinenöl	Mk. 53.— " " "	Mk. 1050.— " " "	19,8 " "

Zur teilweisen Deckung der eingetretenen Mehrbelastungen haben sich die unterzeichneten Verlage der Freistaatzeitungen genötigt gesehen, von sofort eine angemessene Erhöhung der Anzeigenpreise vorzunehmen.

Mit einer Erhöhung der Bezugsgebühren, die aus postalischen Gründen ab 1. Oktober unterbleiben mußte, ist frühestens zu rechnen.

- Danziger Allgemeine Zeitung
- Danziger Neueste Nachrichten
- Danziger Volksblatt
- Danziger Volksstimme
- Danziger Zeitung
- Zoppoter Zeitung

daß der Volkstag ernstlich bedroht war. Von der Heranziehung der Polizei waren nicht einmal alle bürgerlichen Parteien unterrichtet. Der Abg. Reuth von der Deutschen Partei habe jedenfalls seinen Unwillen über die Anwesenheit der Polizei geäußert. Schümmer hätte vor der Sitzung geäußert: Es liegen Beweise vor, daß heute im Saale Verbrechen begangen werden sollen. Die Angeklagten hätten wohl häßliche Schimpfworte gebraucht, er habe jedoch Tälichkeiten nicht wahrgenommen. Der Volkstag habe schon stürmischere Tage gesehen. Auf eine Frage des R.-A. Rosenbaum erklärt der Zeuge, daß auch auf der rechten Seite des Hauses geschimpft wurde. Bei den Deutschnationalen fielen die Worte: Glender Lump, Daulunke! Rahn und Schmidt wären nicht besonders hervorgetreten. Wenn man alle an dem Tumult beteiligten Abgeordneten unter

Anlage stellen wollte, müßten 20 bis 30 Abgeordnete in der Kammerbank stehen. Zeuge hat den Gesamtindruck, als wenn Senatspräsident Sahn, der frühere Reichstagspräsident Matthaei und Senator Schümmer in die Ecke

Hintergehoher

hätte die Urheber des Planes seien die Senatoren Ziehm und Reite gewesen. Matfischek berichtet dann, daß er wider seinen Willen Zeuge eines Gesprächs zwischen dem Senator Ziehm und dem Abg. Reuth gewesen ist, bei dem es hauptsächlich darum ging, die Deutsche Partei zu einem Plan zu gewinnen. Dr. Ziehm habe auch versucht, die Haltung der Danziger Zeitung gegenüber dem Senat zu beeinflussen.

Von dem Staatsanwalt gewünschte nochmalige Vernehmung der Senatoren Dr. Ziehm und Schümmer findet nicht statt, weil die Verteidigung bei ihrer Vernehmung auch auf andere Zeugen zurückgreifen will.

Die Zeugen Sabronski und Panfowski äußern sich über die Reden Rahns in den Versammlungen.

Beide bekunden, daß Rahn in den öffentlichen und internen Versammlungen betont habe, daß die Demonstration und der Generalstreik in Ruhe und Ordnung verlaufen müssen. Etwas Unruhe würden zum Schaden für die Arbeiter sein.

Um 2 Uhr wird die Verhandlung durch eine Mittagspause unterbrochen.

Die Nachmittagsitzung.

R.-A. Rosenbaum stellt zunächst den Antrag, die Sitzung, an denen die Senatoren am 4. August im Volkstag gesehen haben, herbeizuführen. Die Aussage Schümmer, daß der Angeklagte Schmidt über den Tisch herübergelaufen und Schümmer vor dem Gesicht herumgeschüttelt habe, könne bei der Breite des Tisches nicht zurecht sein. Der Vorsitzende wendet ein, daß die Sitzung inzwischen aufgetaucht seien. R.-A. Rosenbaum hält die Herausfindung der Tische für unerlässlich, damit sich die Geschworenen ein gewisses Bild von den Vorgängen machen können. Der Antrag wird vorerst zurückgestellt.

Als Zeuge wird dann der Abg. Ueberhorn (NSD.) vernommen. Von Verabredungen, die Sitzung zu stören, ist ihm nichts bekannt. Auch die Äußerung: „Der Brägen müsse an die Wand spritzen“, hat er nicht gehört. Ueberhorn bekannte sich als der Abgeordnete, der den Angeklagten Schmidt gestochen hat, als dieser das Glas Wasser in der Hand hielt und am Randempul stand. Der Stoß sei versehentlich erfolgt; er selbst sei im Gedränge gestochen worden.

Der Staatsanwalt erhebt gegen die Verteidigung dieses Zeugen Bedenken, da der Verdacht besteht, daß er an den Vorgängen bzw. Verbrechen, die den Angeklagten zur Last gelegt werden, beteiligt sei. Die Rechtsanwälte traten für die Verteidigung ein, da gegen den Zeugen keine Untersuchung eröffnet ist. Das Gericht nimmt darauf die Verteidigung vor.

Abg. Pieltner (NSD.) als nächster Zeuge bekundet, daß auch ihm von Abreden, die auf eine Störung der Sitzung abzielten, nichts bekannt sei. Die Erregung ist spontan ausgebrochen, als Abg. Niehans seine provokatorische Rede begann. An Hand der Aussage Pieltners über die Unterbringung einer Sipowache in einen Nebenraum des Regierungsgebäudes, als auch der Volkstag wegen Umbau in diesem tagte, stellte Angeklagter Rahn fest, daß die Linke schon damals vom Präsidenten Matthaei schmächtig hintergegangen sei. Der Vorsitzende bittet, solche Feststellungen zu unterlassen. Auf Befragen des R.-A. Rosenfeldt erklärt Zeuge, daß beschloffen gewesen sei, bei Ablehnung der Entfernung der Sipowache, die Sitzung zu verlassen. Die Vernehmung des Zeugen ist damit beendet.

Die Sitzung wird um 5 Minuten ausgesetzt, da sich der Staatsanwalt mit den Verteidigern zu einer Beratung, wahrscheinlich über die weitere Vernehmung von Zeugen, zurückzieht.

Die Abg. Beschowski, Raschubowski und Hartmann bekunden übereinstimmend, daß Abreden, die Sitzung zu stören, nicht getroffen seien. Die Äußerung: „Der Brägen müsse an die Wand spritzen“, hat keiner dieser Zeugen weder getan noch gehört.

Als nächster Zeuge wird der

Abgeordnete Rau

vernommen. Er geht ausführlich auf die Vorgeschichte der Protestbewegung ein. Die Demonstration sei aus der Initiative der Bevölkerung geboren. Es waren keine Gewalttätigkeiten verabschiedet. Er halte aber die Auffassung, daß die Verhaftung der Angeklagten

geffen und dafür sorgen, daß er eine gute Kräftigung findet. In Gedanken suchte er nach einer Stelle für den Alten auf seines Vaters Landgut; ein zahmer Bär!

Die Zeit der Abfahrt rückte heran, dunkle Schlafwagen rollen in den Bahnhof ein. Es war spät geworden — nach Mitternacht, doch stand der alte Mike auf der Plattform. Er hatte ein wenig Angst vor Hal in den neuen Kleidern und dem harten Geld, doch überwältigte ihn dennoch das Gefühl, er umarmte ihn abermals, gab ihm einen haarigen Kuß.

„Gut wohl, mein kleiner Gehilfe!“ — rief er. „Komme zurück, Junge! Ich werde meinen Gehilfen nicht vergessen!“ Als sich der Zug in Bewegung setzte, ließ er, die schäbige Mütze schwenkend, daneben her, um einen letzten Blick zu erfassen, ein letztes Nebenohr zu rufen. Und als Hal sich in das Abteil begab, standen ihm die Augen voller Tränen.

Haßgang.

Viele Leser haben den Wunsch geäußert, zu wissen, wieviel in Romanen von der Art des „Königs Kohle“ auf Wahrheit, wieviel auf Dichtung beruht. Sie schreiben dem Verfasser, fragen, wie das Buch anzufassen sei, verlangen Beweisstücke. Nachdem ich im Laufe meines Lebens schon Tausende solcher Briefe beantwortet hatte, so erscheint es mir nun als zurecht, wenn die zu erwartenden Anfragen zum Teil im voraus zu beantworten.

„König Kohle“ schildert wahrheitsgetreu das Leben des Arbeiters in vielen nicht organisierten Kohlengruben Amerikas. Der Verfasser nannte keine bestimmten Orte; sind doch, der weiten Entfernungen ungeachtet, die Verhältnisse in West-Virginia, Alabama, Michigan, Minnesota und Colorado die gleichen. Der Autor bereiste letztgenannten Staat kurz vor dem großen Kohlenstreik von 1913 bis 1914 und war Zeuge der Verhältnisse und Ereignisse, die das Buch schildert.

„König Kohle.“

Roman von Upton Sinclair.

(Fortsetzung.)

„Frei!“ — entgegnete Mike. — „Ich habe mich in der letzten Zeit nicht übergeben.“

Hal stellte „Herrn Eduard Warner“ vor, der „guten Tag“ sagte und vorichtig die schwielige Lade des alten Slowaken nahm, den gereizten Ausdruck jedoch nicht aus seinem Gesicht zu verbannen vermochte. Seine Geduld war gründlich erschöpft. Er hatte auf ein anständiges Restaurant und gutes Essen gehofft, jetzt wird es ihm nicht mehr schmecken, wenn dieser schwächende alte Kerl gegenüber sitzt.

Sie betraten ein Nachtrestaurant. Hal bestellte für sich und Mike Käsebrötchen und Milch, Eduard sah dabei und wunderte sich, wie sein Bruder so etwas zu essen vermag. Inzwischen tauschten die beiden Freunde Ergebnisse, und der alte Junge schlug sich auf die Knie und schrie laut auf vor Entzücken über Hals Geldsituation. „O, du Junge!“ — rief er; dann zu Eduard gewandt: „Er ist doch ein feiner Kerl, wie?“ Und er schlug Eduard auf die Schulter. „Bei Judas! Meine Gehilfen kann keiner auffressen!“

Hal hatte Mike Sitoria zum letztenmal vom Fenster des Nord-Zal-Gefängnisses aus gesehen, da er Hals Unterschriften verteilte und festgenommen wurde. Der Gefangenenschein hatte ihn in einen hinter der Kraftstation befindlichen Verschlag geschleppt, wo er Käufer und Kalovac vorgefunden, die ebenfalls bei der Verteilung der Zettel verhaftet worden waren.

Mike erzählte die Einzelheiten mit seiner gewohnten Lebhaftigkeit. „Se, Herr Bud!“ — sagte ich — „wenn Sie mich den Canon hinunterschicken, will ich erst meine Sachen holen.“ — „Gehen Sie Ihre Sachen in der Hölle holen!“ — sagte er. Und ich: „Herr Bud, ich verlange meine Rückzahlung.“ — „Da haben Sie sie!“ —

Damit stößt er mich und wirft mich zu Boden. Dann hebt er mich wieder auf, zerrt mich hinaus, und ich sehe ein großes Automobil stehen und sage: „Heiliger Judas! Ich soll Automobil fahren! Ich alter Kerl, bin siebenundfünfzig Jahre alt und mein Verbot noch nicht Automobil gefahren!“ Wir fahren den Canon hinunter, guter, frischer Wind weht mir ins Gesicht. Ich sage: „Es ist doch schön von Ihnen, Herr Bud, dieses Automobil werde ich niemals vergessen, noch nie habe ich etwas so Schönes erlebt.“ Und er darauf: „Galt's Maul, alter ausländischer Hund!“ Wir kommen durch eine Prairie, fahren in die Schwarzen Berge hinaus, das Automobil bleibt stehen. „Aussteigen, Hundesöhne!“ Und sie lassen uns ganz allein zurück, sagen noch: „Wenn Ihr zurückkommt und wir Euch erwischen, treten wir Euch die Gedärme auf dem Leib!“ Fort waren sie, und wir mußten neben Stunden gehen, bis wir zu einem Haus kamen. Doch war mir das einerlei; ich erbettelte mir ein Essen, bekam dann Arbeit an der Straße. Weid war mir bloß, daß ich dich nicht mehr fand und glaubte meinen Gehilfen verloren zu haben und ihn nie wieder zu Gesicht zu bekommen.

Der alte Mann schweig und sah Hal liebevoll an. „Ich habe dir einen Brief ins Nordtal geschrieben, aber nichts von dir gehört und bin den ganzen Weg hergegangen, um dich zu suchen.“

Wie kam dies bloß, Hal war über sich selbst erstaunt. Er war im Kohlenlande beim letzten Entsetzen begegnet — und nun vermochte er sich nicht treu darüber zu freuen, daß er diesen Ort des Grauens verlassen wird. Der alte Mike Sitoria wird ihm fehlen, sein haariger Kuß, seine Bärenumarmung.

Er verblüffte den alten Mann, indem er ihm eine zwanzig Dollar-Note in die Hand drückte, dann gab er ihm Marys und Ekkrons Adresse, sowie einen Zettel für Johann Hartmann, der ihn vielleicht zur Propaganda unter den in der Stadt weilenden Slowaken verwenden konnte. Hal erklärte, er müsse heute nacht nach Western City fahren, doch wird er seinen alten Freund nie ver-

Rahn und Schmidt vor dem Schwurgericht.

4. Tag.

Es werden zunächst die Abgeordneten der Deutschen Partei vernommen.

Abg. Rahn hat über ein Gespräch mit Rahn ausgefragt, konnte sich dessen aber nicht bestimmen.

Eine bedeutungsvolle bürgerliche Zeugenvernehmung.

Abg. Keruth berichtet, daß Dr. Voening im Auftrag des früheren Präsidenten Rathael ihn um die Genehmigung der Heranziehung der Polizei gebeten habe. Zeuge habe das abgelehnt. Er habe die Befehle des Volkstages nicht für verbindlich gehalten, da dadurch mehr geschadet als genützt würde. In dem Verstehtenausschuß sei die Debatte sehr erregt gewesen. Anlaß zur Sorge um das Leben des Präsidenten habe jedoch nicht bestanden. Zeuge habe dem erregten Aufrechten Rahn keine Bedeutung beigelegt. In der Volkstags-Sitzung hat der Zeuge Äußerungen nicht gesehen. Schimpfwörter sind hin- und hergeschrien, auch die Rechte beteiligte sich daran. Nicht die Rede Niehaus', sondern schon die Erscheinung und das Auftreten des Redners wirkten provozierend. Ueber Bedrohungen des Senats kann der Geheimrat Keruth nichts ausagen. Er habe schon stürmischere Sitzungen erlebt, nur der Schluß war neu. Das Publ. sei nur provisorisch und deshalb leicht ins Schwanken zu bringen.

Auf eine Frage des Staatsanwalts, ob der Zeuge deshalb mit der Heranziehung der Polizei nicht einverstanden war, weil dadurch der Terror der Linken herausbeschworen werden könnte, erklärt Keruth, daß er sich nicht bedroht gefühlt habe. Als Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung habe er stets den polizeilichen Schutz dankend und bestimmt abgelehnt. Die Angeklagten hätten gar kein Interesse gehabt, die Verhaftung am 4. August zu verhindern.

R. A. Rosenbaum fragt den Zeugen, ob nicht in allen Parlamenten der Welt Mißtrauen gegen die Anwesenheit von Polizei vorhanden sei.

Abg. Keruth bejaht die Frage. Er stehe auf dem Standpunkt, daß es unmöglich ist, daß man die beschuldigte Körperschaft unter die Aufsicht der Polizei stellt. Die Vorgänge im Volkstage seien

Andererkrankheiten.

Die Revolution habe der Arbeiterschaft Gelegenheit gegeben, von ihren politischen Rechten Gebrauch zu machen. Die Zeit, wo die Sozialdemokratie nur Objekt und nicht Subjekt der Geschehnisse war, ist vorbei. Wenn die Senatoren in den politischen Gegnern auch gleichberechtigte Menschen sehen würden, wäre manches nicht vorzukommen.

R. A. Rosenbaum erinnert an die langjährige parlamentarische Erfahrung des Zeugen und fragt ihn, ob er sich der Szenen erinnere, die sich 1897 im österreichischen Reichstag anlässlich der Sprachenfrage abspielten. Gegen die Vorgänge, die sich da ereigneten, verliert der Tumult im Danziger Volkstage. Sowohl der Verteidiger als auch Geheimrat Keruth können sich aber nicht entsinnen, daß damals auch nur erwogen worden ist, gegen die Ungeordneten strafrechtlich vorzugehen. R. A. Rosenfeldt weist auf die Kämpfe um den Posttarif im Reichstage hin; auch da hat man an ein Einschreiten auf Grund des § 106 nicht gedacht.

Auf eine weitere Frage der Verteidigung erklärt der Abg. Keruth, daß sein Verhalten nach der Sitzung

seine Zustimmung zu dem Verhalten des Senats bedeute. Er habe nur dem Senat keine Schwierigkeiten machen wollen und angenommen, daß dieser keine Handlungen auf einwandfreies Material stützen könne. Nach Ansicht des Zeugen ist das Material des Senats wertlos.

Da die Zeugenvernehmungen im Prozeß gegen Schmidt und Rahn noch nicht zu Ende geführt sind, ist nunmehr auch noch der Sonnabend für die etwaige Verhandlung freigemacht worden. Vorher dürfte nach dem jetzigen Stande der Verhandlungen auch kaum die Entscheidung des Gerichts zu erwarten sein.

Die für den 7. Oktober angelegte Sache gegen den früheren Postgehilfen Schille ist auf den 17. Oktober verlegt worden. Die Sache gegen Körner ist gleichfalls verlegt. Es ist fraglich, ob sie in dieser Schwurgerichtszeit überhaupt noch zur Verhandlung kommt. Die Sache gegen Ruschel ist vom 8. auf den 18. Oktober verlegt.

Danziger Nachrichten.

Der Arbeitgeberverband in Not.

Terror gegen die Tariffirmen im Klempnergewerbe.

Seit Sonnabend, den 1. Oktober stehen die Klempner und Installateure Danzigs bei einigen Firmen im Streik. Die Ursachen sind allen Arbeitern bekannt, sie liegen in dem zu niedrigen Lohn, den der Schlichtungsausschuß in seinem Schiedsspruch für angemessen hielt. Der größte Teil der hiesigen Firmen hat dagegen den Tarif mit den erhöhten Löhnen anerkannt. Das bei diesen Firmen gearbeitet wird, regt den Allgemeinen Arbeitgeberverband auf. Wie er versucht, diese Firmen zu beeinflussen, ihre mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband abgeschlossenen Verträge zu brechen, zeigt folgendes Schreiben, das an die arbeitenden Firmen versandt wurde.

Vereinigung der Arbeitgeberverbände in der Freien Stadt Danzig. Danzig, d. 3. Okt. 1921. Tgb. Nr. 19511. Krebsmarkt 2/3. Fernsp. 3688.

An die Firma . . .

Die Lohnverhandlungen zwischen dem unserer Vereinigung angeschlossenen Arbeitgeberverband der Klempnerbetriebe und den Arbeitnehmern sind bekanntlich dadurch zum Scheitern gekommen, das die Arbeitnehmer den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses abgelehnt und am 1. Oktober d. Js. die Arbeit niedergelegt haben. Wie uns von unserm Mitgliedsverbande mitgeteilt wird, haben Sie die unbegründet hohen (!!) Forderungen der Arbeitnehmer nachträglich bewilligt und dadurch die Arbeitseinstellung in Ihrem Betriebe vermieden. Sie sind hierdurch den mittelbar auch für Sie kämpfenden Kollegen in den Rücken gefallen und haben den geschlossenen aufstrebenden Arbeitnehmerorganisationen wieder einmal ein beschämendes Beispiel dafür gegeben, wie die Arbeitgeber durch Uneinigkeit dauernd gegeneinander arbeiten und ihre Stellung gegenüber den Arbeitnehmern selbst schwächen. Es ist eine nicht scharf genug zu verurteilende Kurzsichtigkeit, wenn sie sich durch die Vorteile, die Ihnen durch die Aufrechterhaltung Ihres Betriebes auf Kosten der bestreikten Konkurrenzgeschäfte erwachsen, zu der Bewilligung höherer Löhne bereit gefunden haben. Durch die von Ihnen bewilligten Löhne haben Sie die wirtschaftliche Lage des ganzen Klempnergewerbes erheblich verschlechtert und den weiteren Rückgang an Aufträgen verschärft. Hätten Sie die über den Schiedsspruch hinausgehenden Forderungen der Arbeitnehmer gleich dem Arbeitgeberverband der Klempnerbetriebe energisch abgewiesen, so wäre der Streik in Kürze behoben worden und zwar zu Gunsten der Arbeitgeber. Es dürfte Ihnen ferner einleuchten, daß die im Verbandsvertrage abgeschlossenen Firmen, da es sich durchweg um die größeren Unternehmungen der Branche handelt, in der

Sache sind, wirtschaftlich günstiger zu arbeiten und daher preisgünstiger und höherer Löhne zu zahlen als Sie. Ihr Verhalten könnte einmal leicht dahin führen, daß der Verband durch Bewilligung höherer Löhne die Unwirtschaftlichkeit Ihres Betriebes herbeiführen und dadurch eine Konkurrenz Ihres Betriebes für immer unmöglich machen würde.

Wir erwarten daher, daß Sie sich dem Standpunkt des Arbeitgeberverbandes der Klempnerbetriebe in der Nachfrage anschließen und die Zahlung höherer Löhne einstellen. Sollten wir uns in unserer Erwartung getäuscht sehen, so würden wir keine Bedenken tragen, sämtliche in der Vereinigung der Arbeitgeberverbände zusammengeschlossenen Arbeitgeberverbände auf Ihr unkollegiales Verhalten aufmerksam zu machen und die Verbände zu ersuchen, die Konsequenzen aus Ihrem Verhalten zu ziehen.

Der Allgemeine Arbeitgeberverband für die Freie Stadt Danzig als federführender Verband. J. A. gez. Dr. Rodatis, Geschäftsführer.

Dieses Schreiben zeigt, daß sich der K. A. in der von ihm geschaffenen Lage nicht wohlfindet. Die Klempner und Installateure werden sich durch derartige Maßnahmen nicht irre machen lassen. Es wird jedoch zu überlegen sein, ob gegen derartige ungesetzliche Verurteilungen gerichtlich eingeschritten werden muß. Wenn es sich um Arbeiter handelt, mag die Staatsanwaltschaft gewiß nicht viel Federlesen.

Der Kampf geht in voller Schärfe weiter, nur dort wird gearbeitet, wo der Vertrag der Vereinigung der Installationsgeschäfte Danzigs mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anerkannt wird. Jeder im Klempner- und Installationsfach arbeitende Kollege ist im Besitz einer Ausweiskarte. Wer diese nicht hat, ist Streikbrecher. Alle Arbeitskollegen werden gebeten, dies zu beachten.

Verbotene Kommunistenversammlung. Zu gestern abend hatte die kommunistische Partei eine Versammlung nach dem Werkpfeisshaus einberufen, in der Protest gegen die Aburteilung von Rahn und Schmidt erhoben werden sollte. Den erschienenen Versammlungsbesuchern wurde von Schutzbeamten, die das Werkpfeisshaus abgesperrt hatten, jedoch mitgeteilt, daß die Versammlung verboten sei. Es wurde mitgeteilt, daß während der Dauer des Prozesses, derartige Kundgebungen nicht gestattet würden. Eine andere Partei, wonach die Versammlung verboten wurde, weil sie nicht angemeldet sei, kann nicht zutreffen, da eine Anmeldepflicht für Versammlungen bekanntlich nicht besteht. — Auf ein von der Zeitung der KPD. an uns gerichtetes Schreiben, auch in unserer Zeitung zum Besuch dieser Versammlung aufzufordern — da Meinungsverschiedenheiten in der Beurteilung dieser Angelegenheit wohl nicht beständen — sei bei dieser Gelegenheit gleich das Notwendige gesagt. Wenn die kommunistische Zeitung Wert darauf legt, daß solche Versammlungen auch von Anhängern der übrigen Arbeiterparteien besucht werden, steht ihr der Weg offen, sich über die gemeinsame Veranstaltung derartiger Kundgebungen mit den übrigen Parteien vorher zu verständigen. Es mag ja sehr edel gedacht sein, wenn man es den übrigen Parteien gütigst überläßt, für einen vollen Besuch kommunistischer Versammlungen zu sorgen. Nur müssen wir eine solche Rolle ein für allemal abblenden.

Geoffener in Feubude. In Feubude brannte gestern nachmittags das Gehöft des Landwirts Stroh, Wadstraße 12, bestehend aus Scheune, Stall und Wohnhaus mit gesamten Inhalt vollständig nieder. Die Feuerwehr hatte sehr unter Wassermangel zu leiden; in der Nähe befand sich nur ein sumpfiger Graben, das Wasser mußte aus einem von der Brandstelle etwa 700 Meter entfernten Teich entnommen werden. Das Nachschöpfen dauerte bis heute früh gegen 6 Uhr. Die Feuerwehr war volle 12 Stunden in Anspruch genommen.

Danziger Stadttheater.

„Potasch und Perlmutter“.

Komödie in 3 Akten von M. Glah und E. Klein.

Dieser Abend entschädigte für ein ganzes Duzend Fehlschläge. Der Geist der Gebrüder Herrnsfeld hatte eine verjüngte Wiedergeburt erfahren. Im allgemeinen kommt für unsre Bühne aus Amerika nichts Gutes. Aber was diese beiden Autoren geschaffen haben, wird lange im Gedächtnis des Zuschauers haften bleiben und wird nicht vergessen werden dürfen, wenn die Literaturgeschichte von wertvollen Milieu-Komödien berichtet.

Das Stück verlegt uns in die Geschäftswelt und das kleinbürgerliche Familienleben des amerikanischen Judentums. Potasch und Perlmutter sind zwei Kompagnons, der eine von rührender Gutmütigkeit und Biederkeit, der andere mit aller jüdischen Ausgezeichnetheit, Raufschänzigkeit und Jappeligkeit, hinter der sich aber gleichzeitig ein edles Herz verbirgt. Beide hängen wie Pech und Schwefel aneinander und können dennoch geschäftlich nicht anders als in dauernd gezieltem Lärm miteinander verkehren. Durch das politische Abenteuer eines jungen russischen Studenten, der bei der Firma Potasch und Perlmutter angestellt und in Fräulein Potasch verliebt ist, auf Antrag der russischen Regierung verhaftet wird, dann die hohe Kautions seiner Chefs durch seine Nichterfüllung gefährdet und dadurch das Gespenst der Waise heraufbeschwört, wird die nötige dramatische Spannung erzeugt, bis die Offenbarung der Schuldlosigkeit des Verfolgten einen Ausgang in eitel Freude und Sonne ermöglicht, der noch durch eine Doppelverlobung gekrönt wird.

Das Hauptverdienst der Autoren liegt in der brillanten, auf greifbarster Echtheit und Lebensfülle beruhenden Charakteristik der beiden Hauptpersonen und der packenden Lebendigkeit und wirbligen Buntheit der Handlung, die keine tote Stelle aufweist. Man mag ruhig zehn Prozent der Pointen und Dialogscherze als banal abweisen, muß aber bei den übrigen neunzig Prozent eine durch ihre Schärfe und Drastik überwältigende Komik anerkennen.

Die Aufführung dieses Stückes verlangt ein amerikanisches Tempo, und dafür hatte die Spielleitung von Heinz Brede mit Geschick und Loune gesorgt. Zudem waren die beiden Hauptrollen in guten Händen. Besonders Erich Sterneck erwiebs sich durch die saftige, nervöse, die vorlauten, gehetzte jüdische Art unspannend wiedergebende Dar-

stellung des Moritz Perlmutter als ein Komödientalent von anerkanntem Wert. Nicht ganz so gut gelang Carl Brückel die herzbewegende Einfalt des Siegfried Potasch. Wohl traf auch er die wesentlichen Züge dieser Figur ein, aber an entscheidenden Stellen erlebte er doch den Mangel an Gestaltung echten Menschentums durch kluge schauspielerische Routine. Eine bedauerlich ungenügende Besetzung hatte leider die weibliche Hauptrolle der Muttergelehrten Fräulein Goldschmidt erfahren. Diese Rolle verlangt die Grazie und den Schick, die spielerische, siegesichere Ueberlegenheit und edle frauliche Reife einer Salonbabe. Margu Lewkowskij-Bichterstein blieb jedoch in ihrer Darstellung erstaunlich ungewandt und konventionell und beeinträchtigte dadurch wesentlich den Gesamteindruck. Jenny von Weber schuf als Frau Potasch wieder eine wirksame Gestaltung komischen Altweltentums, schabete ihrer Leistung nur durch einige Ueberreibungen. Mit der seiner eigentlichen Begabung ganz fern liegenden Rolle des Geschäftserfinders Rasnaky offenbarte Arthur Armand die Vielseitigkeit seiner Kunst, während Rudolf Schwannke seine röllige Hilfslosigkeit einer ärmlichen Rolle gegenüber durch platte Possenmache zu bemerken suchte. Ein nettes Liebespaar — mehr freilich auch nicht — waren Erka Feis und Lothar Bühling. Das Publikum geriet durch diesen Komödientausch in eine so vorzügliche Stimmung, daß es oft die Neben der Darsteller durch Nachschreie überhörte und an den Anschlägen ungewöhntlich lebhaften Beifallsgeläutern spendete.

1. Philharmonisches Konzert.

Die Konzerte der Philharmonischen Gesellschaft sind nun, wie es kaum anders zu erwarten war, zum Brennpunkt des Danziger musikalischen Lebens geworden. Das gestrige erste Winterkonzert war wieder ausverkauft. Die Qualität der orchestralen Darbietungen stand auf so hoher Stufe, daß es eine wahre Freude war, und man nur aufs tiefste bedauern kann, daß die außerordentliche Köstlichkeit dieser Unternehmungen in so geringem Maße eine Teilnahme des milderbemittelten Musikfreunde gestattet. Sollten sich da nicht bei einigem guten Willen Möglichkeiten finden lassen, daß das Orchester unter diesem Dirigenten wenigstens drei- bis viermal im Winter zu volkstümlichen Preisen spielt? Warum greift die Stadt hier

nicht ein und gibt die nötigen Mittel her, um den breiten Massen wirkliche Kunstgenüsse zu bieten?

Henry Prins spielte eingangs Webers „Oberon“. Overtüre mit Mut und Schwung und hob die bunten Zauberelemente der Romantik mit leicht zu überbietender Grazie und Plastik. Dann kam die „Zweite“ von Brahms (op. 73). Es war sehr verdienstvoll, daß Prins auf diese sehr zu Unrecht ein wenig kaltgestellte Symphonie in Dur und Moll zurückgriff. Es gibt heute noch viele, die ihr einen vorwiegend helleren Charakter geben möchten. Aber je öfter man sie hört, desto mehr wird doch ihr durchaus elegischer Grundton vernehmbar. Es ist zwar nicht ausschließlich jene schwere, tiefe Tragik, wie sie der zweite Satz des Adagio non troppo atmet, sondern eher eine leise, spezialisch niederdeutsche Schwermut, die sich wie ein dunkler Faden durch das Werk zieht, das nun sehr fein und treffend mit Hebbels „Iphigeneia und Klytemnestra“ verglichen hat. Unter Prins' Stäbe kam denn auch der Wellenzug dieser Ländlichkeit ganz herrlich heraus, ganz sticht und klar gesehen; er hielt sie nicht ausschließlich auf dunklem Grunde, sondern brachte auch die stille Freude, namentlich in dem letzten Hauptthema des Finales (Allegro con spirito) zum Durchbruch. Da waren in der ganzen Darbietung nirgend jene von Dirigenten bei Brahms bestellten Ecktönen und Schärpen der Konturen, das oft recht gewaltsame Zusammendrücken der melodisch-polyphonen Stimmen, wie wir es so oft in letzten Danziger Aufführungen unter hiesigen Dirigenten hören mußten, sondern ein klarer, lebendiger und selbstverständlicher Fluß. Das war bei manchem mangelnden Wellklang einzelner Instrumente das echte Antlitz des Wertes: Behaltendes Gehör, das nur zu gern Freude sein möchte. Prins, der die Symphonie wieder auswendig leitete, hat sich mit dieser Aufführung als Brahmsdirigent von hohem Rang erwiesen.

Anna Wodnie spielte zwischen durch das Violinkonzert von Mendelssohn, das wir nun in Danzig oft genug gehört haben. Auch schon vielfach erheblich besser. Die Solistin hat von ihrem Lehrer Karl Flesch den herrlich süßen Ton mitbekommen und verfügt ohne Zweifel über eine hohe Technik. Aber in dem offensibaren Bestreben, die Zurückgehaltene Musik zurückzudrängen, wählt sie einen falschen Weg, nämlich den einer wilden Tempobeschleunigung; das wäre im Schlußsatz noch bis zu einem gewissen Grade zu rechtfertigen gewesen, aber das Andante muß „gesungen“ sein, und vom „appassionato“-Charakter des ersten Satzes blieb fast nichts mehr übrig.

Soziales.

Die soziale Rückständigkeit Polens. Nicht nur die ober-schlesische Bevölkerung, sondern auch die Danziger Arbeiter-schaft ist an dem Stande der Sozialversicherung in Polen nach mehr als einer Richtung interessiert. Polen hat bisher nur die Krankenversicherung gänzlich geregelt, in Deutschland dagegen gibt es eine Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung sowie die besondere Versicherung der Angestellten. Dazu kommen besondere Fürsorgegebiete der deutschen Versicherung wie die Wochenfürsorge, die Kranken-fürsorge für Erwerbstote, die Schwerbeschädigtenfürsorge usw. Die einzige polnische Versicherung, die Krankenver-sicherung, hat aber bisher eine größere praktische Bedeutung noch gar nicht erlangen können, da Polen gar nicht imstande ist, allen Versicherten die Leistungen wirklich zu gewähren: Für die landliche und kleinstädtische Bevölkerung, die den größten Teil der polnischen Bevölkerung bildet, verlagert schon aus Mangel an hochqualifiziertem Personal, an Ärzten und Heil-anstalten die Durchführung des Gesetzes. Trotz der schwie-rigen allgemeinen Lage in Deutschland sind die deutschen Versicherungen ihren Verpflichtungen namentlich auch gegen-über den Wöchnerinnen und Arbeitsbeschädigten voll nach-gekommen. Es fehlt in Polen das, was der Versicherung in Deutschland einen ganz besonderen Wert gibt, der innere Zusammenhang mit der sozialen Wohlfahrtspflege auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes, der Kinder- und Säuglings-fürsorge, der Erwerbstoten, Krüppel-, Armenfürsorge. Da-her verlagert Polen in den wichtigsten Fragen der allgemeinen Volkswohlfahrt. Es ist nicht imstande, die ansteckenden Krankheiten: Pocken, Ruhr, Flecktyphus von seiner Bevölke-rung fernzuhalten, und hat daher eine viel höhere Sterblich-

keitszahl als Deutschland. Die arbeitende ober-schlesische Be-völkerung würde in bezug auf soziale Versicherung wie alle-meine Volkswohlfahrt bei einer Zuteilung zu Polen Furcht-bares erleben.

Um das Angestelltenversicherungsgesetz. Im Sozial-politischen Ausschuß des Reichstages stand ein Gesetzentwurf über Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte zur Beratung. Den Kern der Ver-handlungen bildete ein Antrag Hoch (Soz.), das Arbeits-ministerium zu ersuchen, bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages, Ende Oktober, einen Änderungsvorschlag zu dem Entwurf zur Änderung der Reichsversicherungsordnung vorzulegen, der die Eingliederung der Ange-stelltenversicherung in die Invalidenver-sicherung so durchführt, daß die jeweils günstigeren Be-stimmungen von beiden Versicherungen übernommen wer-den. Der Antrag auf Verschmelzung des Versicherungs-wesens wurde damit begründet, daß Sparsamkeit und Oeonomie der Organisation den Zusammenschluß erfordern. Ein Fünftel der Beiträge der Angestelltenversicherung würde von der Verwaltung verschlungen. Die Sonderversicherung der Angestellten werde von der über-miegenden Mehrheit der Angestellten nicht gebilligt; die Stimmen mehrten sich unter den Angestellten aller politischen Lager, welche die Unwirtschaftlichkeit der doppelten Verwal-tung einsehen. Der gegenwärtige Zeitpunkt sei für die Ver-einheitlichung besonders günstig, da die Leistungen der Angestelltenversicherung noch nicht begonnen haben. Wenn man die Dinge rein rechnerisch betrachte und nicht etwa einen Standesdünkel der Angestellten vertrete, so würden die Gründe für die Verschmelzung durchschlagend sein.

Bücherwarte.

Von der Neuen Zeit, der sozialdemokratischen Wochenzeitschrift, ist heute das 1. Heft vom 1. Band des 40. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Auflösung des mo-dernen Staates von Dr. Karl Landauer (München). — Das Landarbeiterprogramm der internationalen Arbeiterorganisation, von G. Lehninger. — Die Psychoanalyse und die Betriebsräte, von Franz Geißler, I. — Florian Geuer. Zur Charakteristik seiner literarischen Persönlichkeit, von Wilhelm Bloch. — Literarische Rundschau: Hohenzollern, von Heinz Kunow. Die Abtreibung der Erbschaft, von G. Lehmann. Richard Gänser zu neuen Mären, von G. Lehmann. Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch die Buchhandlung Volkswacht, Am Sprenthaus 6, Post-ankasten und Kolportage zum Preise von M. 1,50 das Viertel-jahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet M. 1,20. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.



Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Fritz Weber, Danzig; für Anzeigen Bruno Gwert in Ostba. — Druck und Verlag von J. Gehl u. Co., Danzig.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.
Donnerstag, den 8. Oktober, abends 7 Uhr.
Dauerkarten C 2.

Die Jüdin

Große Oper in 5 Akten von Sebide. Musik von J. F. Halévy. In Szene gesetzt von Oberregisseur: Julius Brückner. Musikal. Leitung: Otto Selberg. Inspektion: Otto Friedrich.
Personen wie bekannt. Ende gegen 10¹⁵ Uhr.
Freitag, abends 7 Uhr: Dauerkarten D 2. „Der Freischütz.“ Romantische Oper.
Sonnabend, abends 7 Uhr: Dauerkarten E 2. „Der Freischütz.“ Romantische Oper.
Sonntag, abends 7 Uhr: Dauerkarten haben keine Obligkeit. „Der Betler aus Dingsda.“ Operette.

Nur für die innere Stadt!

Volksvorstellung im Stadttheater

am Sonntag, den 9. Oktober, nachmittags 3 Uhr
„Der Strom“

Drama in drei Aufzügen von Max Halbe.

Die Vorstellung ist nur für minderbemittelte Personen aus der inneren Stadt bestimmt, die mindestens 16 Jahre alt sind. Die Vorstellung beginnt pünktlich 8 Uhr. Zutrittskommende werden erst in der nächsten Pause in den Zuschauerraum gelassen. Programme sind soweit vorrätig, kostenlos bei den Garderobentischen erhältlich.

Die Eintrittskarten sind zum Preise von 1 Mk. für das Stück in den Lärkholzen der Reichshof-Mittelschule, Eingang Gertrudengasse und der Begleiterschuldenstraße, Eingang Achroviengasse, zu haben. Der Verkauf beginnt in den beiden Ver-kaufsstellen am Freitag, 7. Oktober, morgens 8¹⁵ Uhr. Danzig, den 3. Oktober 1921.
Der Senat, Bew. der Stadtgemeinde Danzig.

Wilhelm-Theater

verwahrt auf dem Stadttheater Zoppot. Dir. Otto Normann

Heute Donnerstag: Keine Vorstellung.

Morgen, Freitag, den 7. Oktober,

abends 7¹⁵ Uhr

Kasseneröffnung 6 Uhr.

Mascottchen

Operette in 3 Akten von Georg Okonkowski.

Sonnabend, den 8. Oktober:

7. Steberitz-Kouzert, Ball.

Verkauf im Vorverkauf Gebr. Freytag, Kohlmarkt, von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr an der Theaterkasse. (2245)

„Libelle“

Täglich: Musik, Gesang, Tanz

Reichshof-Palast

Danzigs vornehmstes Weinhaus und eleganteste Bar
Täglich 4-Uhr-Tanztee mit künstlerischen Vorträgen

Freitag, den 7. Oktober 1921, abends pünktlich 8 Uhr

Großes Wohltätigkeitsfest

für die Lungenheilstätte in Jenkau
unter gefl. Mitwirkung erster Danziger Künstler.

Ludwig Herold mit Partnerin
vom Theater an der Wien in ihrem Operetten-Sketch

Große Tombola bestehend aus Wert- u. Gebrauchsgegenständen
Eintritt: Saalische 15 M. Logen 20 M. pro Platz
Tischbestellungen rechtzeitig erbeten.

Maschinenlehn. Abend-
schule und See-
maschinenschule von
Möller, Kassab. Markt 23.
Anmeldung sofort. (5182)

Kupfer, Messing
Blei, Zink usw.
kauft zum Tagespreis
Arndt, Junfermannstr. 8.
Pfefferstadt 31.

Nähmaschinen-
reparaturen rasch u. billig.
Bernstein u. Comp.
Langgasse 50. (5126)

Hüte
werden umgearbeitet
und garniert bei
Gwert, Hühnerberg 15, 16

Kaufhaus „Zur Fähre“

35 Langebrücke 38
Ständig günstige Einkaufsgelegenheit in
Arbeiterbekleidung,
Strickwaren und Wolle

Möbel- und Polsterfabrik

A. Huse, Fießberggasse
Str. 75-77.
Günstiges Angebot in
Schlaf-, Herren- und Speise-Stimmern
sowie
Kücheneinrichtungen — Schränke — Bertlös
Ausziehstühle — Kinderbettstellen und
Kücheneinrichtungen. (5018)
Große Auswahl. Große Auswahl.

Pa. ostpr. Preßtorf

höchste Heizkraft
Trockenes, gesundes und ofenfortiges
Brennholz liefern ab Lager
und frei Haus.
Eintragungen in die Kundenliste zur Belieferung mit
Kohlen etc. erfolgen im Kontor.
Poggenpohl 95 und Schuppen Karranwallplatz.
Klingbell & Co.,
Kohlenhandlung. (5235)

Ueber proletarische Ethik

Das proletarische Schaffen vom Stand-
punkt der realistischen Philosophie.
Preis Mark 3.-
Buchhandlung „Volkswacht“
Sprenthaus Nr. 6. — Paradiesgasse Nr. 32.

Der Löwedes Tages!



Neu! Wiedereröffnung! Neu!

früher Danziger Konfektions-Zentrale, Kettnerhagergasse 10, jetzt nur

Bekleidungshaus „Rekord“

Kettnerhagergasse Nr. 9.

Wenn Sie sich nicht selbst schädigen wollen, so achten Sie genau auf Firma und Hausnummer. Alte gestrichelte Abzeichen sowie eigene Fabrikation, daher Fortfall jeden Zwischenverdienstes, ermöglichen es mir, trotz der immer mehr zunehmenden Teuerung Ihnen ein außerordentlich billiges Eröffnungsangebot in

Herren-Anzügen, Ulstern, Raglans, gestreiften Hosen und Hälen

Gestreifte Hosen nur gute Ware, gute Verarbeitung 48.50 70.—, 90.—, 125.— u. höher	Blauwe Herrenanzüge 1. u. 2. Ordnung, gute Stoffe u. Zubehör, Ersatz für Maß 430.00 550.—, 650.— und höher
Marengo-Jackets und Westen in Qualität, beste Verarbeitung 325.00 400.—, 510.— und höher	Herren-Hüte moderne Formen von 31.50 an
Getaways und Westen gute Stoffe, moderner Schnitt 350.00 450.—, 550.— und höher	Ulster, Raglans, Paletots, Joppen stausend billig.
Herrenanzüge mod. Formen u. Farben sowie zur ganz Material 300.00 400.—, 500.— und höher	Maßanfertigung in eigener Werkstatt Garantie für idealen Sitz und beste Stoffe - noch zu alten billigen Preisen.

Meine Konfektion ist nicht mit Massenanfertigung zu vergleichen.
Eigene Werkstatt unter persönlicher Leitung.
Ich lade mich auch in meinem neuen Geschäft täglich zu unterstützen

Bekleidungshaus „Rekord“

nur Kettnerhagergasse Nr. 9. (5263)

Höchstleistung in Qualität und Preiswürdigkeit

Zigarren

für jeden Geschmack in denkbar größter Auswahl
in den Preislagen von M. 0,80 bis 14,00 das Stück bietet Ihnen

Zigarren-Schmidt

nur Hundegasse Nr. 14, gegenüber der Hauptpost (5055)

Genossen, Leser und

Befahrungsfreunde
Geschäfte,
die nicht in
eurer Zeitung inter-
essieren, verglichen auf
eure Rundschau! Be-
rückichtigt daher bei
euren Einkäufen
nur die
Interenten der
„Danziger Volksstimme“.

Politischer Redakteur

zum baldigen Antritt für die
Danziger Volksstimme
gesucht. Bewerbungen bitten
wir bis zum 12. d. Mts. an
den Vorsitzenden der Presse-
kommission, A. Bergmann,
Danzig, Schillingg. 16 zu richten

Klavier Flügel

Stimmungen

sowie sämtliche Reparaturen (4380)
in und außer dem Hause
werden prompt u. sachgemäß
zu soliden Preisen ausgeführt

Piano-Fabrik Hansa Fabrik, Kontor
Telephon 1895 Langg. 101